

Zwei Gründe, warum die WM in Brasilien und nicht in der Türkei stattfindet



Diese beiden Bilder sagen mehr als Worte: Links ist ungebremste Lebensfreude, rechts „religiöse“ Kontrolle. Der Islam regelt alles, und sei es noch so banal: Vom morgendlichen Aufstehen mit dem richtigen Fuß über die Richtung beim Toilettenhocken und dem korrekten Po-Abwischen bis hin zu den exakten Zeiten des fünfmaligen Betens. Der Islam schreibt vor, mit wem man befreundet sein und wen man heiraten darf, was man wie zu essen hat und wie Mann und Frau sich anzuziehen haben. Diese totalitäre Ideologie regelt auch das Familien- und Erbrecht in allen Einzelheiten. Von Parlamenten verabschiedete Gesetze werden nicht akzeptiert, sondern nur Allahs Gesetz, die Scharia, das das gesellschaftliche Zusammenleben unter der Herrschaft der Herrenmenschen komplett bestimmt. Im Islam ist nichts nur „religiös“, alles hat seine politische und weltanschauliche Bedeutung. Daher hat Deutschland am vergangenen Montag nicht nur gegen Algerien, sondern auch [gegen den Islam gespielt](#).

(Von Michael Stürzenberger)

So ist es auch nicht verwunderlich, dass die algerischen Nationalspieler – allesamt Mohammedaner – ihre WM-Prämien an die Palästinenser im Gaza-Streifen gespendet haben. Insgesamt 9 Millionen Dollar, wie der Spieler *Islam Slimani* bestätigte. Die Umma, die Gemeinschaft aller Moslems, hält eben zusammen

wie Pech und Schwefel – falls man sich nicht gerade wegen „religiöser“ Differenzen gegenseitig abmurkst. Das [deutsch-türkische Journal berichtet](#):

Zwar könnte das Team dadurch in Zukunft mit Vorwürfen zu kämpfen haben, dass sie die Sportwelt mit der Politik vermischen. Doch in der Bevölkerung dürfte es auf Grund der Aktion großen Beifall erleben, vor allem in der islamischen Welt.

Die Aktion der Algeriern kommt zu einer Zeit, in der sich die Krise in der Region stetig verschärft. Nachdem drei israelische und ein palästinensischer Jugendlicher ermordet wurden, droht nun ein neuer Krieg.

Dieser Krieg wird mit dem Geld der algerischen Spieler natürlich angeheizt. Es darf spekuliert werden, wieviel davon in dunklen Kanälen der Hamas verschwinden und dann als Raketen auf Israel landen wird. Wie kriegerisch der Islam tickt, erkennt man auch an der Nationalhymne Algeriens:

*Wir schwören beim zerstörerischen Blitzstrahl,
Bei den Strömen reinen Bluts, die vergossen wurden (..)*

*Wir sind Soldaten und haben im Namen der Rechtschaffenden
revolziert*

*Für unsere Unabhängigkeit haben wir uns erhoben
Hätten wir nicht gesprochen, hätte niemand gehört
So nahmen wir die Trommel des Schießpulvers als unseren
Rhythmus*

Und den Klang von Maschinengewehren als unsere Melodie (..)

*Aus unseren Helden formen wir eine Armee
und aus unserem Tod entsteht Ruhm (..)*

*Der Ruf des Vaterlandes ertönt von den Schlachtfeldern
Erhöre ihn und folge seinem Ruf
Lass es mit den Blut der Märtyrer schreiben*

Und sei bereit für zukünftige Generationen

Dieser kriegerische Geist, gefüttert mit den Tötungsbefehlen aus dem Koran, schmiedet solche unbarmherzigen Kampfmaschinen, wie wir sie jetzt in Syrien und dem Irak erleben. Wenn wir unsere Vorfahren fragen könnten, würden sie uns das gleiche über die islamischen grausamen Heere vor Wien, Belgrad, Konstantinopel, Lepanto, Tours und Poitiers berichten.

20.000 dieser Allah-Krieger wurden in den 90er Jahren als Asylanten aus Algerien nach Deutschland hereingelassen, was die algerische Kultusministerin bei einem Referat in Hamburg berichtete, dokumentiert von Alice Schwarzer. Überall in unserem Land ticken sie nun als Schläfer vor sich hin.

Der Islam muss laut Koran über alle anderen Religionen siegen, und so ist für gläubige Moslems Sport auch immer mit Politik und Weltanschauung verbunden. Ein Sieg eines islamischen Landes ist ein Sieg Allahs gegen die verhassten „Ungläubigen“. Wer in einer totalitären Kampfes-Ideologie aufgewachsen ist, beurteilt die Geschehnisse auch entsprechend.

Eine Fußball-Weltmeisterschaft in Katar wäre eine Katastrophe. Ganz abgesehen von dem moralischen Verfall, wenn die FIFA trotz massiver Bestechung und über 700 Toten auf den Baustellen aufgrund der menschenverachtenden Sklavenhaltung den Scheichs den Triumph einer WM-Ausrichtung lassen würde – für Fußballfans würde diese WM wie ein Aufenthalt in einem Freiluftgefängnis sein. Kein Alkohol, keine spärliche Bekleidung in der arabischen Hitze, kein Küssen in der Öffentlichkeit, kein Zeigen von christlichen Symbolen etc.pp. Falls sich Israel qualifizieren sollte, gäbe es tiefe diplomatische Zerwürfnisse.

Der Islam ist für gläubige Mohammedaner die Leitlinie für das ganze Leben. Er wird mit seinem Machtstreben auch dann nicht aufhören, wenn er einmal über die ganze Welt herrscht. Das wird er in unserer Zeit nicht mehr militärisch erreichen wie

all die Jahrhunderte zuvor, sondern mit dem Überschwemmen des Planeten durch massenhaften Nachwuchs. Der Geburtendschihad ist Teil des islamischen Eroberungsplans. Und unsere Regierung gewährt diesen Eroberern auch noch Aufenthalt, obwohl die allermeisten als Asylmissbraucher hereinströmen, und füttert sie mit dem von uns erarbeiteten Sozialsystem durch.

Wenn der Islam durch zahlenmäßige Überlegenheit einmal herrscht, geht das Hauen und Stechen untereinander weiter, wer die wahre islamische Lebensweise verkörpert und wer nicht. Die Hardliner werden die Gemäßigten bekämpfen, bis sich die islamische Kampfgemeinschaft getreu nach dem historischen Vorbild Mohammeds durchgesetzt hat. Jedes Wort des Korans ist schließlich wie in Stein gemeißelt und der Endsieg des Islams vorgeschrieben. Dann gibt es letztlich ein weltumspannendes Groß-Kalifat, deren Keimzelle jetzt im Irak gegründet wurde.

So wird die Geschichte verlaufen, wenn weiterhin vertrottelte Gutmenschen und knallharte Opportunisten den Islam fördern und kritiklos ausbreiten lassen. Das Aufwachen aus dem bunten Multikulti-Traum wird fürchterlich sein, denn dann herrscht nur noch eine tiefschwarze faschistische Islam-Monokultur, aus der es kein Entrinnen mehr gibt. Die Welt wird rasant ins siebte Jahrhundert der arabischen Wüste und damit in die Barbarei zurückkatapultiert. Ohne Rückfahrtticket.

Wenn die noch freien Völker nicht aufwachen und nichts dagegen tun, wird die Entwicklung so verhängnisvoll verlaufen. Noch ist Zeit zu reagieren. Noch.

Frankreich: Mutter ersticht

Lehrerin in Schule



Heute früh um 10.30

Uhr wurde in der südfranzösischen Stadt Albi eine 34-jährige Lehrerin vor der Klasse von der Mutter einer ihrer Schüler erstochen. Die Kommentare [in den deutschen Online-Medien](#) sind gesperrt. Kein Wunder, die Mutter heisst „Rachida“ (arabisch: die Weise) und [ist laut Figaro](#) bereits polizeibekannt wegen Vernachlässigung der Aufsichtspflicht, Behinderung von polizeilichen Ermittlungen und psychischen Probleme. Inzwischen sind es mehr als 280 Kommentare im Figaro, die Tendenz ist durchgehend: „Guillotine!“ „Peine de mort!“ „Tribunal populaire“ – aber auch zahlreiche Ausdrücke des Mitgeföhls für die Lehrerin, die ein sechs Monate altes Baby hinterlässt.

(Spürnase: PR)

Norwegen: Sechsjähriges

muslimisches Mädchen von gleichaltriger Religionspolizei schikaniert



Auch in Norwegen besuchen und verändern ganz EU-konform immer mehr Kinder von Angehörigen der islamischen Ummah die Bildungseinrichtungen. Dadurch treten nicht nur die unterschiedlichen zivilisatorischen Erziehungssysteme von Gläubigen und Ungläubigen zutage. Auch integrationswillige Muslime, Eltern wie Kinder, bekommen den wahren Islam zu spüren. Was sich etwa zwischen Sunniten und Schiiten zurzeit im Irak abspielt, wird dort im Kleinen schon geübt. Es geht darum, wer ein richtiger und guter Muslim ist.

(Von Alster)

Ein muslimisches Mädchen, 6 Jahre alt, wird [von anderen muslimischen Kindern schikaniert](#), weil es Shorts trägt. Das kleine Mädchen hatte ihre neuen Shorts an, als sie an einem schönen Sommertag zur Schule ging. Aber als ihre Mutter sie abholte, merkte sie, dass etwas ganz und gar nicht stimmte. Die Tochter, 6 Jahre alt, war den Tränen nahe. Wegen ihrer Shorts war sie grob schikaniert worden. Das war keine Neckerei oder Mobbing, wie man das kennt. Nein, es war etwas ganz

anderes, was da geschah.

Die Mutter erzählte, dass ihr Kind von anderen muslimischen Kindern angegriffen worden war, weil ihre Kleidung nicht islamisch genug war. Die Kinder führten sich auf wie eine Religionspolizei. „Mama, werde ich von Gott bestraft?“, fragte die Tochter. Die Mutter, die aus Rücksicht auf ihre Tochter anonym bleiben möchte, ist verärgert über das, was sie Rassismus von anderen Muslimen nennt. „Meine Tochter trägt normale Kleidung, so wie es norwegische Kinder tun, das heißt kurze Shorts und Sommerkleider. Dafür wurde sie von anderen muslimischen Kindern in der Schule gescholten,“ erklärt die Frau. Sie selbst war nach Norwegen gekommen als sie 2 Jahre alt gewesen war und ist selbst Muslimin, aber sie übt die Religion nicht streng aus.

Als ihre Tochter im Herbst in Oslo in die Schule kam, war sie schockiert über das Verhalten einiger Kinder. Mehrere Male hatte ihre Tochter geweint, als sie sie von der Schule abholte. Andere muslimische Kinder hätten ihr erzählt, dass sie keine gute Muslimin sei. Und nun das. „Du wirst von Gott bestraft werden“, sagten sie, und dass es ihr als Muslim nicht erlaubt sei, Shorts zu tragen und ihre Beine zu zeigen. Sie sagten, dass nur Christen so angezogen wären. „Wir sprechen über 6 Jahre alte Kinder. Was wissen sie über den Islam?“, fragt die Mutter. Es trifft ihre Tochter sehr hart, und sie hat nachts oft Alpträume nach solchen Erlebnissen.

Die Mutter hat die Schule wiederholt gebeten, sich um diese Angelegenheit zu kümmern und die Eltern anzusprechen. Aber der Rektor sagte nur, dass ein Soziallehrer zurückrufen werde. „Ich habe nichts gehört,“ erzählt die verzweifelte Mutter, „es ist eine Schande, dass ein sechsjähriges Mädchen wegen Brotaufschnitts (Schweinefleisch) oder einem Sommerkleid Angst haben muss. Wir leben doch in Norwegen, einem freien Land und im Jahr 2014.“

Der „Minderheitenratgeber“ Michael Cruz kennt die Problematik.

Er glaubt, dass es unter den Muslimen üblich ist, schon in der 1. Klasse der Grundschule soziale Kontrolle auszuüben, auch in anderen Bereichen, wie auf dem Kinderspielplatz. „Welche Religion hast du?“, ist das erste, was die Kinder voneinander wissen wollen. Zuhause wurde ihnen gesagt, dass es am besten sei, wenn sie mit guten Muslimen spielen würden, erzählt er. Diese Einstellungen nehmen sie dann mit in die Schule. Er hat oft erlebt, dass Schulen diese Konflikte aus Angst, es würde sich um eine Religion handeln, nicht aufgreifen würden.

Nun kommen die Sommerferien, und die Mutter des sechsjährigen Mädchens hofft, dass der Schulalltag im Herbst besser wird. „Wir lassen uns nicht vorschreiben, wie unsere Tochter gekleidet sein soll. Sie soll Shorts und Rock tragen dürfen, wenn sie das will,“ so die Mutter abschließend.

Das ist keine Sensationsgeschichte, aber sie dokumentiert, wie früh, alltäglich und nachhaltig die Islamisierung Europas durch die Masseneinwanderung des Islam vonstatten geht. Wir wissen, wie eindringlich die Familie und das Umfeld auf die Entwicklung kleiner Kinder einwirken. Jede Integration wird so nicht nur erschwert, sondern durch den Islam regel-recht zunichte gemacht.

Nichtmuslimische Kinder sind anders aber nicht weniger stark betroffen. Wer es zulässt, dass Kinder diese Ideologie Islam eingepflegt bekommen und in Moscheen geschleppt werden, der handelt verbrecherisch an ihnen!

Wenn dann noch vermeintlich objektive Experten wie der Kriminologe und ehemalige SPD-Politiker Christian Pfeiffer uns die wunderbare Welt vorgaukeln, dass, wenn [„Mehmet bereits mit Max und Moritz im Sandkasten spielt“](#), dann würde Mehmet doch von ganz alleine deutsche Angewohnheiten übernehmen, am besten mit gemischten Kindergärten, indem man 25 Prozent der Plätze für Migrantenkinder reserviert usw., dann ist Hopfen und Malz verloren.

Ein Paar kleine Hoffnungsschimmer zeigen sich hier dennoch, wenn auch zuerst einmal nur für Norwegen: Die Presse in Norwegen hat die Geschichte veröffentlicht. Gewiss, es handelt sich nicht um ein autochthones norwegisches Kind, aber anscheinend gibt es doch integrationswillige Muslime, die sich auflehnen.

Für Norwegen erwägt die nicht mehr rot gefärbte neue Regierung ein [Burka-Verbot](#), nachdem der EUGH das Verbot in Frankreich als rechtens eingestuft hat. Zudem soll es für [Oslo einen Einwanderungsstopp](#) geben, da etliche Stadtteile und Schulen schon Migrantenmehrheiten aufweisen:

Zu spät? Das norwegische Kronprinzenpaar hat für seine Kinder die Privatschule gewählt und wurde dafür kritisiert. Das Paar verteidigte die Wahl standhaft: „Wir haben nur das getan, was für unsere Kinder am besten ist.“

(Übersetzungen ins Deutsche von Alster)

Video: Deutsche Islamisten ziehen in den Kampf



In der deutschen

Gesellschaft wundert man sich über das Phänomen, dass deutsche Jugendliche auf der Seite der Jihadisten in den Krieg nach Syrien ziehen. Alle Erklärungsversuche, die den Islam als Religion aus politischer Korrektheit nicht in die Erklärung einbeziehen wollen, scheitern kläglich.

Diese Jugendlichen haben im Islam eine religiöse Orientierung und eine neue Gemeinschaft, in einer weltumspannenden islamischen Nation, gefunden. Ihre gesamte Loyalität gilt nicht mehr der Bundesrepublik und ihren Werten, sondern der globalen muslimischen Nation und den islamischen Wertvorstellungen.

Diejenigen, die sich von ihrer Persönlichkeit und Charakterstruktur potenziell für den Wehrdienst melden würden, tun dies jetzt auch, aber eben nicht zur Verteidigung ihres Vater- oder Mutterlandes, sondern für die Jihadisten zur Errichtung eines islamischen Staates.

Sie haben sich völlig von der deutschen Gesellschaft gelöst und sind mit Herz und Seele der islamischen Glaubensgemeinschaft beigetreten. Es ist, als hätten sie eine neue Staatsangehörigkeit angenommen, für die sie sich nun zum Wehrdienst melden.

Sie wollen vielleicht Verantwortung für ihre Nation übernehmen, vielleicht sind sie aber auch nur abenteuerlistig, spekulieren lässt sich viel; letztendlich geht es aber darum, seine persönliche Kampfkraft der Nation zu widmen, der man sich geistig zugehörig fühlt.

Werbung für den Wehrdienst gibt es in allen Nationen, ebenso beim Islam. Auf Seiten des Islams lesen wir im Koran z.B. in Sura 9.111, dass Allah von den Gläubigen ihre Person und ihren Besitz für den Paradiesgarten erkauft hat.

„Allah hat von den Gläubigen ihre eigene Person und ihren Besitz dafür erkauft, daß ihnen der (Paradies)garten gehört: Sie kämpfen auf Allahs Weg, und so töten sie und werden

getötet...“

Somit gehört der Mensch nach der Konvertierung in den Islam nicht mehr sich selbst, sondern hat sich mit Körper und Seele vollständig an Allah verkauft. Was verlangt aber nun dieser Gott, der von den Gläubigen ihre Seelen und ihren Besitz für das Versprechen des Paradieses erkauft hat? Es steht geschrieben:

„Sie kämpfen auf Allahs Weg, und so töten sie und werden getötet.“

Die Tretmühle der Gewalt dreht sich und dreht sich immer weiter und scheint nie zu einem Ende zu kommen. Jeder glaubt für seine Nation einen gerechten Kampf zu kämpfen.

Weiter im Video von alhayattv.net:

Der „Kampf gegen ... die Opposition“

Die Vorwürfe, dass bald sämtliche Regierungen in Deutschland auf dem linksextremen Auge schlechtsehend bis blind sind, dürften mittlerweile ausreichend Belege gefunden haben. Allein das ist schon ein Affront gegen die Rechtsstaatlichkeit, die verlangt, dass bei gleichen Vorfällen gleich bewertet, gleich geurteilt und gleich gemäßregelt wird, was offensichtlich nicht mehr der Fall ist. Eine neue Stufe in dieser Entwicklung wurde nun eingeläutet, als die Darstellerin der Bundesfamilienministerin sämtliche Programme gegen Linksextremismus eingestampft hat, weil dieser „in den letzten

Jahren aufgebauscht wurde“. Stattdessen werden nun noch mehr Gelder in den „Kampf gegen Rechts“ gepumpt, wobei „Organisationen, die sich gegen Rechtstextremismus engagieren“ und den „Engagierten vor Ort“ (also meist linksextreme „Aktivisten“) die nötigen Kampfmittel aus dem Steuertopf zur Verfügung gestellt werden.

(Von Marc Doll)

Zunächst einmal bleibt an dieser Stelle nüchtern festzustellen, dass alleine diese Maßnahme eine deutliche, politische Positionierung ist und seit 1945 einzigartig. Eine Regierung, die den Rechtsextremismus finanziell unterstützen würde, alle Programme dagegen einstampft und die vielen Gewaltdelikte als „aufgebauscht“ hinstellt, müsste sich zurecht den Vorwurf gefallen lassen, zumindest damit zu sympathisieren, wenn nicht gar die gleiche politische Einstellung zu besitzen und damit de facto selbst verfassungsfeindlich zu sein. Das gleiche gilt natürlich anders herum beim Linksfaschismus.

Erhärtend kommt hinzu, dass dies diametral zu den erfassten Straftaten steht: Linksextreme Gewalt verzeichnet seit Jahren einen kontinuierlichen Anstieg, alleine im vergangenen Jahr erneut einen Zuwachs von sagenhaften 26%. Linksextreme Gewalt übersteigt die von Rechtsextremen mittlerweile um das 2,3-fache. Natürlich stehen der Regierung diese Zahlen des Verfassungsschutzes zur Verfügung, womit die getroffene Entscheidung eben nur dann unverständlich erscheint, wenn man davon ausgeht, dass die Regierung noch ein Interesse an der Einhaltung des Neutralitätsgebotes hat und nicht etwa einer Straßen-SA den Rücken freihalten möchte, damit sie die Drecksarbeit erledigt.

Denn der Regierung ist auch bekannt, wie Linksextremisten gegen den politischen Gegner vorgehen. Die bald täglichen Übergriffe auf völlig demokratische und grundgesetztreue Parteien, wie wir es im Wahlkampf der AfD erlebt haben, machen

oppositionelle Politik fast schon zur Lebensgefahr, in jedem Fall zur Gefahr für die Gesundheit, den Beruf und die Familie, und damit wird oppositionelle Politik massiv behindert bis unmöglich gemacht. Durch Gewalt, Bedrohung, Sachbeschädigung und Einschüchterungen bis vor die Wohnungstür wird die Botschaft verbreitet, sich bloß nicht politisch missliebig zu äußern, wenn man die Konsequenzen nicht spüren möchte.

Politische Positionen mit Gewalt zu unterdrücken ist nach allen gängigen Definitionen Faschismus, unabhängig davon, wie der Ausführende zu diesen Positionen steht. Die Regierung einer ernstzunehmenden Demokratie müsste alles in ihrer Macht stehende tun, um einen ausgewogenen politischen Wettbewerb zu gewährleisten. Der Regierung ist dieser Faschismus eindeutig bekannt und sie entscheidet sich, dieses Phänomen nicht etwa MEHR, sondern GAR NICHT MEHR zu bekämpfen, was ebenfalls eine deutliche, politische Positionierung ist und eine erschreckende dazu.

Der scheinbar dahinter stehende Grund macht die Angelegenheit noch brisanter, denn all diese Indizien lassen nur die Schlussfolgerung zu, dass in Deutschland heutzutage von der Regierung und dem Parteienkartell asoziale Straßenschläger einen Freifahrtsschein ausgestellt bekommen, um gegen den politischen Gegner vorzugehen. Die erwähnte finanzielle Unterstützung dürfte auch bei den Verfassungsfeinden landen.

Der linke Straßenfaschismus ist kein neues Phänomen, welcher mit der AfD aufkam, sondern auch bei der FREIHEIT, den Republikanern, den Pro-Bewegungen oder ähnlichen Gruppierungen zu beobachten war, aber bei der AfD nun die genannte These erhärtet: denn im Gegensatz zu den gerade genannten tut diese Partei ihr möglichstes, um sich von allen halbwegs brisanten Themen fernzuhalten, sich zu entschuldigen, wenn es doch zu nah war und alle heißen Eisen zu umschiffen. Die AfD ist also weit weniger „rechts“, wenn überhaupt, als die anderen. Trotzdem wird die AfD nicht – wie nun eigentlich zu erwarten wäre – damit weniger bekämpft, sondern MEHR! Das bedeutet

also: Die Behinderung von oppositionellen Parteien hängt NICHT davon ab, wie „rechts“, sondern wie ERFOLGREICH eine Partei ist! Oder anders ausgedrückt: es geht beim „Kampf gegen Rechts“ mitnichten darum, einen ideologischen Extremismus zu bekämpfen, sondern lediglich die politische Opposition auszuschalten, bevor sie in ein Parlament gelangt.

Eine Opposition bemisst sich heutzutage am Grad der Systemnonkonformität. Jenseits aller marginalen Unterschiede zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien gibt es einen Konsens über die Struktur der EU (scheindemokratische Diktatur), der Zukunft Europas (Imperium, Auflösung der Nationen), dem Euro (als Sprungbrett zu einer Weltwährung), der Umverteilung (Sozialismus), dem Banken- und Konzernlobbyismus (Ausplünderung der Bürger) und der geplanten neu-demographischen Zusammensetzung der europäischen Völker (Auflösung der Mehrheitsverhältnisse indigener Europäer), weshalb Begriffe wie Blockpartei oder Parteienkartell zutreffend erscheinen.

Wer dagegen opponiert, der wird bekämpft und zwar UNABHÄNGIG von seiner politischen Ausrichtung. Würde sich eine linke Partei gegen diese heiligen Kühe stellen, so würde sie genauso von der Antifa und all diesen „Engagierten vor Ort“ bekämpft. Der linke Publizist Jürgen Elsässer, der schon lange auf der Abschussliste systemkonformer Verfassungsfeinde steht, ist nur ein Beispiel dafür. Da aber nun mal leider hauptsächlich konservative Parteien gegen dieses größte Verbrechen auf europäischen Boden vorgehen, kann der „Kampf gegen die politische Opposition“ eben aus vermarktungstechnischen Gründen praktischerweise „Kampf gegen Rechts“ genannt werden, um ihnen damit völlig ahistorisch und amoralisch den Hitler in die Schuhe zu schieben. Am Sachverhalt ändert dies freilich genauso wenig, wie wenn die DDR missliebige Gegner kurzerhand zu „Faschisten“ erklärte, um den hauchdünnen Anschein der Rechtfertigung ihrer Taten zu wahren.

Damit der Bürger nicht aus Versehen das falsche denkt, wird

über negativ aufgeladene Wörter kommuniziert, welche politische Meinung erwünscht ist und welche man besser nicht haben sollte. So ist Kritik an der europäischen entdemokratisierenden Einigung „Nationalismus“, also rechts, und damit bekämpfenswert durch die geförderten „Organisationen gegen Rechtsextremismus“; Kritik an der Masseneinwanderung und den damit verbundenen Schikanen „rassistisch“, also „rechts“, also ein Fall für die staatlich geförderten „Engagierten vor Ort“.

Diese gehen dabei nach Maos Prinzip („Bestrafe einen, erziehe Hundert“) vor, indem an ausgewählten exponierten Systemgegnern regelmäßig Exempel statuiert werden. Es trifft nämlich selten wirkliche Rechtsextremisten (die das System zur Aufrechterhaltung ihrer Rechtfertigungsfassade zwingend benötigt), sondern meist völlig grundgesetztreue Demokraten, die sich vielleicht jenseits eines Falschparkerbußgeldes nie etwas zu Schulden haben kommen lassen, Steuern zahlen, aber sich – in den Augen der Regierung – einfach nur politisch „falsch“ positionieren, also nicht systemkonform sind, also nicht möchten, dass Deutschland in einem Vielvölkergemisch explodiert, die Demokratie abgeschafft und unser Wohlstand verramscht wird – und damit die eigentlichen Ziele der Systemparasiten sind.

So wird ein Michael Stürzenberger, der sich für die direkte Demokratie und weniger Bevormundung (Verstoß gegen Blockpartei-Konsens: EU-Diktatur) einsetzt – also damit ein urdemokratischer Idealist ist – über diese Fördertöpfe gegen „Rechts“ bekämpft und auf alle nur erdenklichen Weisen schikaniert. Ein Michael Mannheimer, ebenfalls Demokrat, klärt unter widrigsten Umständen seit unzähligen Jahren über die demokratiefeindlichen Bestrebungen des Islams auf (Verstoß gegen Blockpartei-Konsens: Islamisierung Europas), ist damit systemnonkonform und wird deshalb – TROTZ völliger Grundgesetztreue, ja sogar Grundgesetz-Patriotismus – politisch verfolgt. Der Untertitel des staatlichen Programms

lautet „Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ und trifft absurderweise genau die, die sich gegen Gewalt, gegen Menschenfeindlichkeit einsetzen und – als Gründungsmitglieder der neuen Weißen Rose – auch von wirklichem Rechtsextremismus so weit entfernt sind, wie nur mathematisch möglich.

Was also in Russland zu deutschen Empörungssorgien führt, das wird in Deutschland mit „Orden für Zivilcourage“ geadelt, wie jüngst in Jena geschehen, als der Bürgermeister einen linksextremen Straftäter für seine Straftat auszeichnete und brüderliche Kampfesgrüße sendete oder der Berliner Bürgermeister Wowereit dem „Engagierten vor Ort“ Dick Stegemann das „Band für Mut und Verständigung“ überreicht, der daraufhin erst mal die Antifa-SA beweihräuchert, die „mutig“ in steter bewaffneter Überzahl und maskierter Anonymität dem politischen Gegner Wowereits schlagkräftigt „verständigt“ hat, dass man doch besser aufhören sollte ...mit oppositioneller Politik. Die Belohnung und Anerkennung durch führende Mandatsträger in hohen öffentlichen Ämtern hat also durchaus Tradition.

Die Umdefinition von normalen, grundgesetztreuen, gewaltverabscheuenden Bürgern zu unheilbar kranken Rechtsextremisten hat seit Jahren System und geht auch ganz schnell und ohne irgendwelche stichhaltigen Belege mittels eines Konglomerats aus Politik, Medien und abhängigen Satelliten. Man ist gegen ein Asylantenheim in der Nachbarschaft, weil man berechtigterweise Angst vor dem Wertverfall seines Grundstückes und den Übergriffen auf die Kinder hat? Rechts (Rassismus). Man ist gegen die Homosexualisierung der Gesellschaft oder die Sexualisierung seiner Kinder im Kindergarten? Rechts (Homophobie). Man hat die immer dreisteren Forderungen der Scharia-Jünger satt? Rechts (Islamophob). Und so weiter. Da spielt es keine Rolle, dass man jahrelang CDU oder SPD gewählt hat und nun überrascht ist, wieso man als rechts betitelt wird, hat man sich doch in

der Vergangenheit auch gegen Mitbürger, die einfach mal so von den Medien als rechts betitelt wurden, gewandt. Die Ironie dahinter erkennen die wenigsten und nach wie vor distanzieren sie sich vom Nachbarn, der schon seit letztem Jahr als „rechts“ gilt, einfach nur weil er schlauer war und das Problem früher erkannt hat, als man selbst.

Man kann es den Bürgern nicht einmal verübeln, denn rechts ist ein Synonym für rechtsextrem / neonazistisch / böser, hasserfüllter, kranker Unmensch, ein wahrhaftiges Monster, und hat reale Konsequenzen bis ins Privat- und Berufsleben hinein. Wer einmal von den Medien und Linksbloggern erfasst und unlauter denunziert wurde, der hat es ungleich schwerer, einen Job zu finden; selbst „Freunde“ wenden sich von einem ab, weil sie unfähig sind, einen eigenen Gedanken zu fassen oder Angst haben, selbst in den Sog zu geraten. So traurig das ist, so effektiv ist es auch: diese Distanzierungskette ist der stärkste Antrieb jedes Unrechtssystems und funktionierte schon früher wunderbar: Was im Dritten Reich der Feind der „Volksgemeinschaft“ und in der UdSSR der Feind der „Arbeiter- und Bauernschaft“ war, das ist heute der „Rechte“ und der steht „außerhalb der Zivilgesellschaft“, ist also kein Zivilist, sondern ...ja was eigentlich? Offenbar ein militärisches Ziel, wenn man die Vorgehensweise der nun mit Freifahrtsschein ausgestatteten Antifa kennt.

Zivilgesellschaft ist ohnehin ein Begriff, der eben nicht die Gesellschaft meint, sondern lediglich die Systemkonformen, die Mitläufer, Feiglinge, geistig Überforderten und Korrupten. Alle anderen, hauptsächlich grundgesetztreue, gewaltlose Demokraten, werden zu Freiwild („Verfechter der Ideologie Adolf Hitlers“) erklärt, die von den „Engagierten vor Ort“ offenbar sogar in ihrem eigenen Haus besucht werden sollen: „Wer Haus an Haus mit Rechtsextremisten wohne, dem könne nicht mit Programmen gegen linke Gewalt geholfen werden“. Ich denke, hier ist selbst für Hartgesottene die Schwelle erreicht, an der man sich fragen muss, ob das alles noch rechtens und

rechtsstaatlich sein kann oder ob das nicht sehr an dunkle Zeiten erinnert.

Der Staat ist laut Verfassung zur Neutralität verpflichtet. Das Gewaltmonopol zu missbrauchen, um oppositionelle Ansichten zu bekämpfen und gleichzeitig verfassungsfeindlichen Schlägern freie Hand zu lassen, um politische Gegner zu eliminieren, war und ist verfassungswidrig und spricht einer Demokratie Hohn. Nur weil Demokratie drauf steht, ist noch lange keine Demokratie drin, was wir nicht erst seit der Deutschen Demokratischen Republik wissen, sondern schon von Marx, der den Kommunismus (v.Hayek: die Staatssklaverei) ebenfalls Demokratie nannte. Die neusten Entwicklungen in der Regierungsführung lassen die Vermutung aufkommen, dass der Prozess der Radikalisierung der Parteien eine neue Stufe erreicht hat. Der Erfolg der demokratischen Parteien bei der EU-Wahl (also der einzigen Opposition) könnte damit sicherlich zusammen hängen, denn um den Parteienkonsens zu realisieren, läuft nun langsam die Zeit davon. Wir werden uns also noch auf weitere Programme gefasst machen müssen, einschließlich der auch de iure Strafbarkeit abweichender Meinungen. Den Grundstein dafür hat der Darsteller des Justizministers schon gelegt, indem „Hassverbrechen“ – also ein Attribut, welches man selbst Falschparkern andichten kann – juristisch härter bestraft werden und somit jedwede Opposition schneller weggesperrt werden kann (richtige Hassverbrecher, wie z.B. die typischen Kopftottreter, sind davon natürlich ausgeschlossen, falls noch nicht klar war, gegen wen sich dieses Gesetz wirklich richtet).

Wenn die Regierung ernsthaft wissen will, wie breit ihre herbei fabulierte „Zivilgesellschaft“ aufgestellt ist, soll sie doch einfach eine bundesweite Volksabstimmung über die Massenzuwanderung, die EU, den Euro oder irgendein anderes ihrer großen Projekte abhalten, welche allesamt solch elementare Auswirkungen auf den Souverän haben, dass eigentlich zwingend abgestimmt werden müsste! Aber das wäre

wohl doch zu demokratisch und würde „nicht sehr hilfreiche“ Erkenntnisse zu Tage fördern. Und so regiert man eben weiter am Volk vorbei und vernichtet Unschuldige, die auf diese Ergebnisse hinweisen. Dass sich deutsche Politiker über den Zustand der Demokratie in anderen Ländern äußern, wird wohl der Treppenwitz des Jahrhunderts werden. Weniger zum Lachen – zumindest für die Regierung – dürfte sein, dass all diese irgendwann mal juristischen Beweisstücke bestens im Internet konserviert werden.



Hier sehen Sie die Zukunft Berlins!



So beschreibt die Achse [diesen BILD-Artikel](#) über Zigeuner in Berlin, der mit vielen schönen Fotos geschmückt ist. Ja, das ist die Zukunft, wenn wir so blöd sind und nicht endlich wieder das wichtigste

konstituierende Element eines Staates einführen: Grenzen, die von uns selbst und niemand anderem kontrolliert werden. Und wie sieht das der durchgeknallte CDU-Innenminister?

Zuwanderer-Kinder können in Zukunft zwei Staatsangehörigkeiten haben, wenn sie in Deutschland geboren sind und bis zum 21. Geburtstag mindestens acht Jahre im Land gelebt oder hier sechs Jahre lang eine Schule besucht haben. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), sprach von der „wichtigsten Reform des Staatsangehörigkeitsrechts seit 1999“. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) sieht darin ein wichtiges Signal an die Betroffenen: „Ihr gehört zu Deutschland (...) nicht nur beim Public Viewing, sondern auch auf dem Amt.“

Merke: [Nur mit dem Doppelpaß](#) gehört man zu Deutschland! Was für ein A...loch! Von der SPD-Türkin kann man ja nichts anderes erwarten, aber der! Warum schickt er nicht gleich Frachtcontainer mit deutschen Blankopässen in die Welt hinaus?

Wolfgang Röhl: Scheiß auf die Fakten!

Schon wieder Primark? Die Iren konterten umgehend. Zwei der drei angeblichen „Hilferufe“ seien mit „hoher Wahrscheinlichkeit“ Fälschungen; die dritte zumindest dubios. Aktivisten hätten Besucher einer Ausstellung im vergangenen Jahr dazu anstiften wollen, „ähnliche Botschaften in Kleider einzunähen“ (FAZ). Die Firma lieferte Belege, welche einen Teil der Medien nicht unbeeindruckt ließen. Ein Image-Debakel wie im Fall der einst geplanten, auch ökologisch vernünftigen Versenkung der Ölbohrplattform Brent Spar wurde dank dieser

PR-Strategie vermieden. Zur Erinnerung: 1995 hatten Greenpeace-Aktivisten es geschafft, mit grob verfälschten Daten nahezu die gesamte veröffentlichte Meinung gegen den kopflos reagierenden Shell-Konzern aufzuwiegeln. Shell ging in diesem Kampf k.o. Greenpeace fing sich nur ein winziges Veilchen ein, als später die Wahrheit heraus kam.

Wie immer der Fall der eingenähten „Hilferufe“ weitergeht, eines hat sein Echo aufgezeigt. **Es gibt eine wachsende Gruppe in der Bevölkerung, der es Jacke wie Hose ist, ob ein Vorwurf stimmt oder nicht. Hauptsache, der Vorwurf beschädigt die richtigen Leute.** Großkonzerne, Investoren, „menschenverachtende Globalisierungsprofiteure“. Scheiß auf die Fakten! Diese Haltung, die schon Hegel postuliert haben soll, allerdings eleganter („Wenn die Tatsachen nicht mit der Theorie übereinstimmen – umso schlimmer für die Tatsachen“), grassiert nicht nur unter Sozen, Grünen und SED-Erben, nicht bloß in Occupy-Camps oder NGO-Kreisen. Sie hat den Kern der Gesellschaft erreicht. Lesermeinungen zu den Primark-Berichten auf FAZ.NET:

„...Primark wird durch solche Meldungen nur noch widerlicher. Ungeachtet ob die Hilferufe echt sind oder nachträglich durch Dritte in die Kleidung eingebracht wurden, sind wir uns doch einig, dass die Arbeitsbedingungen in den Kleiderfabriken unmenschlich sind...“

„...auch wenn sich rausstellen sollte, dass das die Arbeiter nicht geschrieben haben – so ist es doch trotzdem die Wahrheit...“

„...moderne Sklaverei produziert Abfall. Ob die Hilferufe jetzt authentisch sind? Was spielt es für eine Rolle...“

„...selbst wenn die Etiketten eine ‚Fälschung‘ wären, so sind diese ‚Fälschungen‘ wahrer als die üblicherweise von diesen Unternehmen gelabelten Angaben...“

„...selbst wenn die Hilfeschreie Fälschungen sein sollten, weiß

eine gutinformierte Öffentlichkeit jedoch inzwischen, dass die Arbeitsbedingungen in den Lieferländern katastrophal sind...“

Selbst wenn. Selbst wenn Wulff gar nicht wirklich was ausgefressen hatte, weg musste er. Sagen Journalisten, die für seine politische Eliminierung verantwortlich waren. Selbst wenn Kachelmann seine Freundin nicht vergewaltigt hat, ein Arschloch und Frauenfeind ist er doch. Wissen Feministinnen aus ihrer Lieblingsgazette „Bild“. Selbst wenn die „Energiewende“ mission impossible ist, so muss sie dennoch stattfinden. Finden die, deren finanzielles oder politisches Wohlergehen dran hängt...

Eine ganz wichtige [Beobachtung, die Wolfgang Röhl](#) da gemacht hat!



**Video München: KVR
verdreifacht Zwangsgeld gegen
FREIHEIT auf 1500 Euro**



Vor einem Jahr erließ das Münchner Kreisverwaltungsreferat bekanntlich einen umfangreichen Auflagenbescheid für die Kundgebungen der FREIHEIT. Seitdem gibt es eine Redezeitbeschränkung auf höchstens 10 Minuten, dazwischen Mindestpausen von ebenfalls 10 Minuten, Lautstärkereduzierung auf 85 Dezibel und ein Fotografier- sowie Filmverbot der Gegendemonstranten. Im vergangenen August wurden Überschreitungen der Redezeitlänge zur Anzeige gebracht, als wir auf das absurde „Nazi“-Geplärre von linken und moslemischen Demonstranten gegen unsere Gastrednerin Nawal aus Ägypten ein paar Minuten länger reagierten. Daraufhin wurde das Zwangsgeld von 500 auf 750 Euro erhöht. Bei einer Kundgebung am 11. Juni im moslemisch extrem bereicherten Münchner Stadtteil Neuperlach ereignete sich nun ein weiterer „Verstoß“, der ebenfalls sofort hart bestraft wurde.

(Von Michael Stürzenberger)

Uns flog aus der Hand eines Moslems ein gefüllter Kaffeebecher entgegen, der an unserem Raif-Badawi-Plakat platzte und die Hose eines Kundgebungsteilnehmers von oben bis unten bespritzte. Ich legte eine Redeunterbrechung ein und anschließend wurde von anwesenden Kripo-Beamten eine zu kurze Pause notiert. Dies wurde weitergeleitet und es setzte vom Münchner KVR umgehend einen Strafbescheid über 750 Euro. Gleichzeitig wurde das Zwangsgeld ab sofort auch noch auf 1500 Euro erhöht. Mir soll ganz offensichtlich finanziell der Hahn

abgedreht werden. Bei ungefähr 1200 Redeblöcken und genausoviel Redepausen seit vergangenem August habe ich die Beschränkungen mittels meiner Stoppuhr möglichst penibel einzuhalten versucht, aber sobald ein „Verstoß“ registriert wird, greift man mir massiv in den Geldbeutel.

Vielleicht kostet ja auch die Rundumversorgung von mittlerweile knapp zweitausend eingetroffenen Asylbewerbern [in der ehemaligen Bayernkaserne](#) – wovon statistisch davon 98% reine Wirtschaftsflüchtlinge und damit ohne berechtigten Asylgrund sind – so viel, dass man es jetzt wohl auch auf diese Weise von einheimischen Bürgern einzutreiben gedenkt. Die Asylbetrüger heimzuschicken, wäre ja schließlich politisch „inkorrekt“.

In dem Video sind auch lächerliche Protestmails gegen unsere Kundgebungen von ganz offensichtlich linksverdrehten Münchner Bürgern wiedergegeben, die Woche für Woche in dem 44 Seiten starken Auflagenbescheid abgedruckt werden:

Eine besonders komische mail von einem gewissen Herrn A.S. hatten wir bereits Mitte Mai bei einer Kundgebung [auf dem Münchner Stachus zitiert](#), was für erhebliche Heiterkeitserfolge sorgte. Gar nicht lustig ist allerdings, wie mir jetzt finanziell an die Gurgel gegangen wird.

Wir werden alles daran setzen, diese penible Überwachung der Redezeiten auf juristischem Wege flexibler zu gestalten. Bei der Verhandlung vor dem Bayerischen Verwaltungsgericht im vergangenen Juli hatte die Richterin auf Vorschlag unseres Anwalts dem KVR angeraten, eine insgesamte Redezeit von 30 Minuten pro Stunde anzusetzen, so dass ich bei meinen Redeblöcken zumindest wichtige Gedanken zu Ende führen kann. Dies wurde von den anwesenden KVR-Vertretern aber nicht akzeptiert. Offensichtlich sollen mir Daumenschrauben angelegt werden, die mir öffentliche Auftritte erheblich erschweren.

Wer mich in diesem Kampf unterstützen möchte, findet am Ende

dieses Artikels [die entsprechende Kontoverbindung](#) sowie eine Alternative per paypal. Ich werde mich auch durch solch drakonische Zwangsmaßnahmen nicht von meinem geradlinigen Weg abbringen lassen.

(Kamera: Vladimir Markovic)

Mindestlohn ist sozialistische Planwirtschaft

Wie Politiker mit dem Schlachtruf „Soziale Gerechtigkeit“ die Marktwirtschaft ins Gegenteil verkehren können, zeigt der Mindestlohn. Das Gesetz, mit dem der Bundestag den flächendeckenden Mindestlohn beschlossen hat, trägt den Namen „Tarifautonomiestärkungsgesetz“. Das ist eine bewusste Irreführung, denn der Gesetzgeber fügt der Tarifautonomie damit schweren Schaden zu.

Seit den Wirtschaftswunderjahren ist Deutschland gut damit gefahren, die Tarifparteien die Löhne aushandeln zu lassen. Denn die Gewerkschaften und Arbeitgeber wissen besser als der Staat, mit welchem Lohn man im Wettbewerb bestehen kann. Und wenn der Markt unerwünschte Ergebnisse lieferte, konnte der Staat eingreifen, etwa durch Aufstockung des Lohns. Der staatliche Mindestlohn von 8,50 Euro ist eine Zäsur... ([Fortsetzung FAZ!](#) Der Name „Tarifautonomiestärkungsgesetz“ und was das Gesetz tatsächlich bedeutet, ist eine freche und dreiste Propagandalüge. Man denkt an Orwell!)

Wann wird das Asylerpresse- Pack endlich, endlich auf Nimmerwiedersehen abgeschoben?



Nachdem die von extremen Linken instruierten, aufgehetzten und instrumentalisierten Asyl-Erpresser in Berlin weiterhin illegal in der Kreuzberger Gerhart-Hauptmann-Schule bleiben dürfen – wir freuen uns schon darauf, bis das Gebäude wieder von neu angelockten Asylanten überquillt – wird natürlich auch der Asylzirkus in anderen Städten angefeuert. In Nürnberg will ein Haufen Asylbetrüger die sofortige Anerkennung als Flüchtling, [sonst Hungerstreik](#). Sollen sie doch hungern, bis sie umfallen, wenn es ihnen Spaß macht! Das sind alles nur hohle Drohungen.

Bei Tag spielen sie ein bißchen Theater, und wenn es dunkel wird, hauen sie sich die Wampe voll. Nur mit der Nazikeule beklopfte Deutsche lassen sich von einem solch verlogenen Hokuspokus beeindrucken. Ein Rechtsstaat würde die Asylbetrüger festnehmen und umgehend aus dem Land werfen. Unsere Bananenrepublik wird dagegen von einem politischen Vakuum aus grünen Ideologen, roten Lumpen und leeren CDU-Unterhosen abgewickelt. Auch in Ihrer Stadt wird der Asylzirkus bald eine Vorstellung nach erfolgreichem Kreuzberger Muster geben, seien Sie sicher!

Video: Islamisierung an Birminghams Schulen

Diese hochinteressante TV-Reportage vom ZDF-Auslandsjournal, gesendet am vergangenen [Mittwoch Abend um 22:15 Uhr](#), dokumentiert die schleichende Machtübernahme von Mohammedanern am Beispiel Birmingham. Durch massiven Druck werden Lehrpläne an Schulen verändert, Geschlechtertrennung eingeführt und die islamische Lebensweise Stück für Stück zum Standard gemacht. Ein Ausblick auch in unsere Zukunft!

Video auf Livingscoop:

Frankfurt: Skalpiert auf offener Straße



Wildwest in

„Mainhattan“: Unmittelbar vor dem Frankfurter Nordwestzentrum,

Frankfurts großem zentralen Einkaufsparadies, ist ein Mann auf offener Straße skalpiert worden. Vorausgegangen war ein Clinch zwischen den südländischen Tätern und dem ebenfalls südländischen Opfer, der am 4. Oktober 2013 eskalierte. Gestern hat der Prozess gegen die beiden Täter begonnen.

[BILD](#) berichtet:

Weder Wachmänner noch Passanten konnten die Brüder von ihrer Bluttat abhalten: Mit Fleischermesser und Teleskop-Schlagstock gingen Youssefi (39) und Laarbi El M. (31) auf Mohammed Z. (31) los, skalpierten ihn. Davon ist jedenfalls die Staatsanwaltschaft überzeugt. Jetzt stehen die beiden wegen versuchten Totschlags vor dem Landgericht. Der kleine Bruder ist auch noch wegen Kokain-Handels dran.

Mohammed Z. hatte nicht mit einem Angriff gerechnet, denn er fühlte sich aufgrund des regen Publikumsverkehrs sicher, außerdem gibt es am Tatort Überwachungskameras.

Youssefi El M. zückt ein „überdimensionales Schlachtermesser“, sein Bruder seinen Stahl-Knüppel. Die Anklage weiter: „Sofort schlugen die beiden auf Z. ein, der eine blutende Wunde an der Schläfe erlitt. Er flüchtete Richtung Römerstadtsteg, die Angeklagten verfolgten ihn.“ Einem Wachmann, der sich ihnen in den Weg stellen will, ruft der ältere zu: „Geh weg!“

„Auf dem Steg holten sie ihr Opfer ein, schlugen mit Messer und Schlagstock auf es ein. Dabei erlitt Z. eine 8 cm lange Schnittwunde am linken Arm und eine am Daumen.“

Doch Mohammed Z. ist zäh. Er flüchtet zur Ernst-Kahn-Straße, ruft dabei seinen Bruder an: „Bring Waffen mit!“ Aber die Verfolger sind schneller. Wieder Hiebe, das Messer „eröffnet die linke Flanke des Geschädigten, fügt ihm eine Skalpiierungswunde an der Stirn zu.“

„Nur weil ihre Tat bekannt ist, das Opfer laut um Hilfe ruft und sie jederzeit mit der Polizei rechnen müssen“, lassen die

Brüder ab, flüchten mit quietschenden Reifen in einem Renault.

Youssefi El M. stellt sich kurz darauf. Sein kleiner Bruder wird 14 Tage später von der Polizei aus seinem Ford gezerrt. Hinter der Mittelkonsole finden die Beamten 93 Gramm Kokain.

Noch schweigen die Angeklagten, der Prozess geht nächsten Freitag weiter.

Südländer sind bekanntermaßen nicht zimperlich, wenn es um Rache und die damit verbundene Durchsetzung ihrer eigenen Vorstellungen geht. Man darf nun gespannt sein, zu wie vielen Sozialstunden die Täter verurteilt werden, denn mehr haben sie wohl kaum zu befürchten.